



N i e d e r s c h r i f t

über die 1. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 am 25.09.2023

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:23 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzende

Herr Oberbürgermeister Grantz bis TOP 4
Herr Stadtrat Skusa

SPD

Frau Stadtverordnete Batz Entschuldigt
Herr Stadtverordneter Dr. Hammann Vertretung für Frau Batz
Herr Stadtverordneter Hoffmann
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
Herr Stadtverordneter Ofcarek

CDU

Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok
Frau Stadtverordnete Milch
Frau Stadtverordnete Steinbach

B 90 / DIE GRÜNEN

Herr Stadtverordneter Schott

BD

Herr Stadtverordneter Schumacher
Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

DIE LINKE

Herr Stadtverordneter Secci Entschuldigt

FDP

Herr Stadtverordneter Freemann

AfD

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Einzelstadtverordneter

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

Ferner anwesend:

Herr Kieck GPR
Herr Makel Amt 37
Frau Nickel Amt 37

Herr Piesik	Amt 37
Herr Wagner	PR Polizei
Herr Gehrke	Presse
Herr Hoeft	IRLS
Herr Jongeling	Amt 37
Herr Klaeßen	Amt 37
Herr Koch	IRLS
Frau Laue	Amt 90/4
Herr Lückert	Johanniter
Herr Mielke	IRLS
Herr Schaper	IRLS
Herr Thomas	SBV Polizei
Herr Weseloh	IRLS
Herr Hinrichs	IRLS
Herr Meyer	IRLS
Herr Rupietta	PR Polizei
Protokollführer	
Herr Albrecht	Feuerwehr
Protokollführerin	
Frau Berndt	Polizei

Weitere Teilnehmer:

Direktor Ortspolizeibehörde:	Herr Ortgies
Bürger- und Ordnungsamt:	Herr Herbrig
Feuerwehr:	Herr Cordes

Herr Oberbürgermeister Grantz eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist. Herr Grantz teilt dem Ausschuss mit, dass in Absprache mit Herrn Skusa und aus terminlichen Gründen die Tagesordnung insofern geändert wird, dass der Bereich Katastrophenschutz dem Bereich Feuerwehr vorgezogen wird. Es gibt keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

2. Bereich Polizei und Feuerwehr

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 17. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2019/2023 vom 14.03.2023

I 23/2023

Herr Jürgewitz bittet darum, dass im letzten Protokoll in den Tagesordnungspunkten 3.3.8 und 3.3.9 bei den Abstimmungen die Partei mit der Gegenstimme genannt wird und bittet um Anpassung des Protokolls. Herr Grantz sagt die Anpassung zu. Künftig wird das Abstimmungsverhalten insgesamt protokolliert.

Der Ausschuss genehmigt mit mehreren Enthaltungen die Niederschrift in der vorgelegten Fassung unter der Maßgabe, dass im letzten Protokoll die beiden Tagesordnungspunkte 3.3.8 und 3.3.9 jeweils um den Zusatz „(AFD)“ ergänzt werden. Das genannte Protokoll wurde entsprechend angepasst.

2.2. Bekanntgabe Termin für die nächste Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit im 2. Halbjahr 2023 **I 25/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

2.3. Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV **I 24/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

3. Bereich Polizei

3.1. Anfragen

Keine.

3.2. Anträge

Keine.

3.3. Lagebild der OPB zum Thema Gesamtkriminalität **I 27/2023**

Herr Ortgies gibt mit Beginn der neuen Legislaturperiode dem Ausschuss für öffentliche Sicherheit umfassend Bericht über die Kriminalitätslage in der Stadt Bremerhaven. Aus der Eingangstatistik heraus wird die Entwicklung der Gesamtkriminalität aufgeführt sowie eine Darstellung darüber, in welchen Kriminalitätsfeldern es Veränderungen gibt.

Zum Thema Bearbeitungsrückstände in der Polizei Bremerhaven („Halde“) gibt Herr Ortgies aufgrund der dargestellten Steigerung einen Ausblick auf geplante Gegenmaßnahmen.

Herr Timke merkt an, dass die vorgelegten Zahlen keinen Anlass zum Jubeln geben und betont, dass die Gesamtkriminalität einen Höchststand seit 6 Jahren erreicht hat. Zudem merkt er an, dass er weiterhin die Entwicklung der Zahlen aus der Kriminalitätsstatistik im Blick haben werde sowie auch die Bekämpfung dieser. Im Rahmen der deutlichen Zunahme der Brandstiftung fragt Herr Timke, ob die OPB von einem oder mehreren Serientätern ausgeht oder ob es sich um Fälle handelt, in denen die Täter nicht in Verbindung mehrerer Taten stehen. Des Weiteren möchte Herr Timke wissen, wie sich die Gewaltkriminalität insgesamt in den letzten 6 Monaten entwickelt hat und bittet Herrn Ortgies darum, diese zeitnah und schriftlich einzureichen. Zu den einzelnen Kriminalitätsfeldern merkt Herr Timke an, dass er wissen möchte, wie die OPB auf die Zahlen der gestiegenen Straftaten im 1. Halbjahr reagieren wird. Bezogen auf die Bearbeitungsrückstände stellt Herr Timke fest, dass sich die Zahlen im letzten halben Jahr mehr als verdoppelt haben und möchte wissen, woran das genau liegt und wie die OPB darauf reagieren wird.

An den Ausschussvorsitzenden richtet Herr Timke die Frage, ob er diese negative Entwicklung zum Anlass nimmt, um bei den Gesprächen mit dem Bremer Senat darauf hinzuwirken, dass die Zielzahl der Polizei in Bremerhaven auch kurzfristig erreicht wird. Die an ihm gerichtete Frage beantwortet Herr Grantz damit, dass er unabhängig davon, sich selbstverständlich immer mit vollem Einsatz für die Erreichung der Zielzahl für die OPB einsetzt.

Herr Freemann merkt an, dass nach Beobachtung der Gesamtkriminalitäts-Statistik, über einen längeren Zeitraum, die Zahlen relativ stabil geblieben sind. Diese befinden sich zwar auf einem hohen Niveau, zeigen seines Erachtens jedoch keine deutliche Zunahme. Im Rahmen der Gewaltstatistik würde ihn interessieren, welche Gründe in der Regel zu diesen Delikten führen, wieviel davon zur Anzeige gebracht wird und wie hoch die Dunkelziffer ist.

Zum Thema Bearbeitungsrückstände möchte Herr Freeman wissen, wie weit die geplanten Gegenmaßnahmen bisher schon gegriffen haben. Wird an anderer Stelle ein weiteres Problem dadurch entstehen? In Bezug auf die nicht vorhandene Zielzahl möchte Herr Freemann wissen, ob die Mittel für die zugesagten 520 VZÄ's zumindest zur Verfügung gestellt werden könnten, um diese ebenfalls für die Bekämpfung der Halde zu nutzen.

Herr Ortgies merkt vorweg an, dass bei der derzeitigen Belastung ihm nichts fernerliegt, als in Jubel auszubrechen und geht auf die gestellten Fragen der Ausschussmitglieder ein. Außerdem nimmt er den Vorschlag von Herrn Freemann auf und wird in der nächsten Sitzung eine Darstellung der Entwicklung von Gewaltdelikten über die letzten 5 Jahre vorlegen. Zum Thema Halde geht Herr Ortgies auf die initiierten Maßnahmen ein und stellt hier auch nochmal fest, dass bei dieser Priorisierung andere Bereiche nicht priorisiert werden können und somit ggf. Lücken reißen werden. Herr Ortgies hält die erwähnten Maßnahmen für die Bekämpfung der Halde durchaus für geeignet zumindest den momentanen Trend zu unterbinden. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass es in einigen Phänomenbereichen auch Rückgänge der Fallzahlen zu verzeichnen gibt, wie beispielsweise beim Wohnungseinbruchdiebstahl.

Frau Kirschstein-Klingner merkt an, dass die Polizei Bremen zum Thema Halde das gleiche Problem hat und stellt die Frage, wie man dort versucht, das Problem zu lösen und ob die OPB von deren Lösungsansätzen evtl. partizipieren könnte. Der Oberbürgermeister antwortet mit dem Hinweis, dass die Polizei Bremen ähnliche Schritte unternommen hat und dass beide Städte zusätzlich noch das Problem haben, die Kommisar-Lehrgänge voll zu bekommen.

Zum Thema SÄM-Delikte fragt Frau Kirschstein-Klingner nach, ob es eine Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziales, Hilfe für Seniorinnen und Senioren gibt, da es dort eine Stelle für präventive Hausbesuche gibt. Herr Ortgies bestätigt eine Kooperation mit den genannten Kollegen.

Herr Jürgewitz möchte wissen, wie die Polizei und der Dezernent die Steigerung von 12-13 % bewertet. Auch in anderen Bereichen der Kriminalstatistik hätte Herr Jürgewitz gerne ein paar detailliertere Aussagen in Bezug auf die einzelnen Veränderungen gehört. Zum Thema Cyberkriminalität wünscht Herr Jürgewitz, dass dieser Bereich künftig extra ausgewiesen wird und fragt, ob das möglich wäre und zu wann. Herr Grantz entgegnet hierzu, dass Herr Ortgies sich zu allen Bereichen der Kriminalitätsstatistik geäußert hat und lehnt eine Sonderdarstellung ab.

Herr Freemann stellt sich gegen die Behauptung, dass es Orte in Bremerhaven gibt, die von Bürger:innen aus Kriminalitätsfurcht nicht mehr betreten werden oder betreten werden dürfen. Bezüglich der Budgetierung erfragt Herr Freemann die Höhe der Abbrecherquote innerhalb der Ausbildung bei der Polizei. Darüber hinaus stellt er die Frage, ob es möglich ist, die daraus übrig gebliebenen Gelder dafür zu verwenden, um zusätzliches Personal einzustellen.

Frau Milch bezieht sich auf Aussagen der AfD und der BD, dass die Kriminalitätsrate so hoch wie nie ist und dass damit verbundene Kriminalitätsfurcht bei den Bürgern entsteht. Sie ist der Meinung, dass mit diesen Aussagen Angst in der Bevölkerung geschürt wird. Sie verweist auf die Tabelle, die zwar in einigen Bereichen Schwankungen darstellt, allerdings auch Statistiken aufweist, die sich in den letzten Jahren positiv entwickelt haben.

Herr Ortgies äußert sich zum Thema Kriminalitätsfurcht dahingehend, dass die Polizei auch die Aufgabe hat, die subjektive Sicherheit zu stärken. Diese wird jedoch durch Medien und andere Veröffentlichungen sehr stark beeinflusst. Noch in diesem Jahr werden die Ergebnisse der nach dem Bremer Kriminal-Statistik-Gesetz durchgeführten Bevölkerungsbefragung veröffentlicht, die auch Aussagen zur Ausprägung der Kriminalitätsfurcht beinhalten wird.

Zum Thema Ausbildung müssen wir leider feststellen, dass wir unsere Einstellungszahlen nicht mehr erreichen. Eine Unterstützung seitens der Politik, wie wir sie hier erfahren, ist eine Anerkennung unseres Berufs in der Gesellschaft. Darüber hinaus sind wir einfach weiter gefordert weiter Werbung zu machen.

In diesem Zusammenhang weist Herr Ortgies auf die am heutigen Tag gestartete Kampagne: "KEINE GEWALT GEGEN UNS" hin, die mit Plakat- und Buswerbung gestartet ist und evtl. dazu beiträgt, den Ruf des Berufes ein Stück weit zu heben.

Herr Timke reagiert auf den Redebeitrag von Frau Milch und betont nochmals die Steigerung der Gesamtkriminalität in Bremerhaven um 7,5 %, die aus der vorliegenden Statistik hervorgeht und somit ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen ist.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

3.4. Bericht zum Modernisierungskonzept der OPB
Vortragender: Neven Kuzmic

Herr Kuzmic berichtet über den aktuellen Stand des Modernisierungsprozesses der OPB anhand einer Präsentation. Diese wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.

3.5. Antrag zur Aufstellung des Stellenplans 2024/2025 **I 26/2023**
Einrichtung einer Planstelle nach A 14 BremBesG bei der Ortspolizeibehörde

Herr Timke möchte wissen, mit welcher Planstelle die anderen K-Leiter besetzt sind. Nach dem neuen Bewertungssystem sind alle Abteilungsleiterstellen mit A14 bewertet und sind sowohl bei der Kriminalpolizei als auch bei der Schutzpolizei, wie auch beim Führungsstab dem höheren Dienst zugeordnet, außer denjenigen Stellen, denen das Kompetenzmodul der Stellvertretung des Amtsleiters zu geordnet wurde. Diese sind nach A15 bewertet. Die Hinterlegung mit Planstellen ist vom Haushalt abhängig.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem als Anlage beigelegten Stellenplanantrag 2024/2025 zur Höherbewertung einer Planstelle von A 13 BremBesG nach A 14 BremBesG für den Bereich der Ortspolizeibehörde Bremerhaven einstimmig zu.

3.6. Bericht zur Gewalt gegen Beschäftigte des Außendienstes **I 28/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

3.7. Stellenplan 2024/2025 Bürger- und Ordnungsamt - Änderungsbedarf - **I 29/2023**

Zum Punkt der Personalverstärkung in der Abteilung Migration und Einbürgerung möchte Herr Timke wissen, ob es hierzu eine Organisationsuntersuchung gab oder woher die Zahlen jetzt stammen, die hier in der Vorlage aufgeführt sind. Herr Herbrig antwortet, dass es keine Organisationsuntersuchung gab und die dargestellten Zahlen die nackten Fallzahlen sind. Eingereichte Überlastungsanzeigen und eine Vielzahl von Fällen pro Sachbearbeiter führen dazu, dass die Belastungsgrenze erreicht ist. Im Querschnittsvergleich zu anderen Ausländerbehörden liegen wir weit oben und begründen damit diese Personalverstärkung.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die dargestellten zusätzlichen Bedarfe zur Kenntnis und beschließt die Weiterleitung an den Personal- und Organisationsausschuss.

3.8. Verschiedenes Polizei

Herr Freeman bittet darum, dass die erwähnte Kampagne in der nächsten Ausschusssitzung ausführlich vorgestellt wird. Herr Grantz stimmt dem zu.

Herr Ortgies berichtet zum Phänomen mit der Situation in der „Bürger“, dass in Zusammenarbeit mit dem Bürger- und Ordnungsamt und der Schutzpolizei ein entsprechendes Sicherheitskonzept entworfen wurde und vor zwei Wochen in Kraft getreten ist. Die Rückmeldungen hierzu sind ausgesprochen positiv. Die dort ansässigen Geschäftsinhaber sind unseren Maßnahmen gegenüber sehr aufgeschlossen. Auch wenn das Ursprungsproblem nicht ganz behoben werden kann, allein die Verdrängung zurzeit scheint hilfreich zu sein. Der Oberbürgermeister ergänzt hierzu, dass es hierzu künftig zusätzliche Streetwork-Stellen über die AWO und das Sozialamt geben wird.

Herr Timke bewertet diese Maßnahmen als sehr positiv. Er richtet die Frage an Herrn Herbrig, ob es zutrifft, dass die Mitarbeiter des Ordnungsdienstes mehrfach am Tag diesen Bereich begehen und dort ggf. auch Maßnahmen treffen? Herr Grantz beantwortet diese Frage mit Ja.

Herr Jürgewitz fragt ein weiteres Mal nach, ob der Bereich Cyberkriminalität zukünftig gesondert erfasst werden kann. Herr Ortgies weist darauf hin, dass wir soeben festgestellt haben, dass die Umsetzung der Analyse weiterer und neuer Phänomenbereiche auch weitere Ressourcen kos-

ten. Der Bereich Analyse ist bei uns nicht sehr stark besetzt. Da grundsätzlich bei uns ein Ressourcenproblem besteht, ist es uns nicht möglich, ein solches Lagebild vollumfänglich und regelmäßig darzustellen.

Nach Aussage von Herrn Grantz hält die Mehrheit des Ausschusses es auch nicht für erforderlich und lehnt dieses somit ab. In erster Linie sollten fehlende Ressourcen für den Abbau der Halde genutzt werden.

4. Bereich Katastrophenschutz

4.1. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

4.2. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

4.3. Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz **KatS - I 1/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.4. Fördermitteleinwerbung zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung (TWNV) **KatS - I 3/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.5. Teilnahme am Forschungsprojektprojekt „Steigerung der kommunalen Krisenbewältigungskompetenz zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit von Staat und Verwaltung bei krisenhaften Ereignissen“ **KatS - I 2/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4.6. Verschiedenes Katastrophenschutz

Es gibt keine Beiträge.

5. Bereich Feuerwehr

5.1. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

5.2. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

5.3. Vortrag: Vorstellung "Entwurf Zwischenergebnis Gutachten IRLS" **Vortragender: Herr Ohrem, Firma Lulf+**

Herr Ohrem stellt das Zwischenergebnis zum Personalgutachten IRLS vor. Die Präsentation ist diesem Protokoll beigelegt.

Herr Freeman hinterfragt, ob es eine Differenzierung der Einsatzzahlen zwischen den Landkreisen Cuxhaven und Osterholz sowie der Stadt Bremerhaven gibt. Herr Cordes erläutert hierzu, dass diese Differenzierung innerhalb des Gutachtens vorgenommen wurde.

Zum vorliegenden Gutachten wurden bereits Gespräche mit den betroffenen Landkreisen und den Kostenträgern des Rettungsdienstes geführt. Die Kosten des Personalmehrbedarfs werden im Rahmen der geltenden Vereinbarungen umverteilt.

- 5.4. Sachthemen Integrierte Regionalleitstelle (Einsatzzahlen, Gutachten, Telemedizin, Akut-Krankentransportwagen, Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfrage) XI 8/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Entwicklung der Einsatzzahlen, den Sachstand zum Projekt Telemedizin und Einführung eines A-KTW sowie zum Sachstand Ausschreibung „Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfragetechnik“ in der IRLS zur Kenntnis.
- 5.5. Bericht zur Gewalt im Rettungsdienst erstes Halbjahr 2023 XI 1/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
- 5.6. Sachstand zur Beschaffung von Fahrzeugen im Amt 37 XI 2/2023**
- Herr Timke hinterfragt hinsichtlich der Ersatzbeschaffung eines Einsatzleitwagens als E-Fahrzeug die Möglichkeit der Reparatur des vorhandenen Fahrzeugs. Herr Cordes erklärt, dass die Fahrzeugflotte der Einsatzleitfahrzeuge bei der Feuerwehr ein Durchschnittsalter von etwa 14 Jahren aufweist und aus betriebswirtschaftlichen Gründen in diesem Fall eine Ersatzbeschaffung erforderlich erscheint. Die Kosten werden durch Verlagerungen innerhalb des Investitionsbudgets bei der Feuerwehr getragen. Die Detailerörterung wird mit Protokoll zugesagt. Bei dem ausgesonderten Fahrzeug handelt es sich um einen Audi A4, Baujahr 1999, nicht behobene Schäden: Schwellerdurchrostungen beidseitig, Einspritzpumpe und Stoßfänger defekt.
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt abschließend den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
- 5.7. Sachstandsbericht: Förderung Ehrenamt Freiwillige Feuerwehr - Projekt Gesundheit und Fitness Freiwillige Feuerwehren „GuFi-FF“ XI 3/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
- 5.8. Fachkräftemangel Feuerwehr - Berufsausbildung zur Notfallsanitäterin/ zum Notfallsanitäter XI 4/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis und bittet das Dezernat XI um entsprechende Umsetzung.
- 5.9. Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen XI 5/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
- 5.10. Sachstandsbericht zum Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf XI 6/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
- 5.11. Sachstandsbericht "Regelmäßige Brandverhütungsschau" XI 7/2023**
- Herr Freemann bittet um Mitteilung des Arbeitsbeginns und um Beantwortung der Frage, welche Bereiche zuerst geprüft werden. Herr Cordes erläutert hierzu, dass die Mitarbeiter ihre Tätigkeit zu Beginn des Jahres 2024 aufnehmen werden und zuerst die Hochhäuser im Stadtgebiet geprüft werden sollen.
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.12. Sachstandsbericht zum Stand der Umsetzung der Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs und der Energiekrise **XI 9/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.13. Stellenplan für das Jahr 2024/2025 und Beantragung überplanmäßiger Bedarfe und Stellenhebungen im laufenden Haushalt **XI 10/2023 - 1**
Stellenplanentwicklung und Personalplanung

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Stellenplan 2024/2025 und die dargestellten überplanmäßigen Bedarfe Stellenhebungen zur Kenntnis und beschließt einstimmig die Weiterleitung an den Personal- und Organisationsausschuss.

5.14. Überplanmäßige befristete Einrichtung von 1,0 VZÄ EG 8 zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehr Bremerhaven **XI 11/2023 - 2**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die dargestellten überplanmäßigen Bedarfe zur Kenntnis und beschließt einstimmig die Weiterleitung an den Personal- und Organisationsausschuss.

5.15. Verschiedenes

Herr Cordes berichtet über einen am 25.09.2023 stattgefundenen Schiffsbrand auf dem Gelände der Lloyd-Werft. Vor Ort stellte sich heraus, dass auf einem im Trockendock befindlichen Stückgutfrachter ein leerer Schweröltank stark verrauchte war. Bei dem Einsatz gab es keine verletzten Personen. Die Außenhaut des Schiffes wurde mit Wasser gekühlt. Weitere Tätigkeiten seitens der Feuerwehr erfolgten nicht.

Weiter berichtet Herr Cordes über eine Einsatzvollübung in der Stadthalle Bremerhaven. Hier wurde von mehreren Organisationen das Zusammenspiel bei einem sog. Massenansturm von verletzten Personen geübt. Herr Jürgewitz hinterfragt in diesem Zusammenhang die Aufnahmekapazität der Bremerhavener Krankenhäuser. Herr Cordes erläutert, dass für politraumatisierte Notfallpatient:innen etwa zwei bis drei Plätze verfügbar sind. Darüberhinausgehende Bedarfe müssten über den interdisziplinären Versorgungsnachweis umverteilt werden.

Herr Timke spricht die Parkplatzsituation in der Postbrookstraße an und hinterfragt die Sicherheit dieser Straße als Zubringer für Patient:innen des Rettungsdienstes zum Klinikum Reinkenheide. Der Ausschuss bittet die Polizei, das Bürger- und Ordnungsamt und die Feuerwehr, die Situation zu prüfen und ggfs. durch verkehrlenkende Maßnahmen für die Sicherung der Verkehrswege zum Klinikum Sorge zu tragen.

Vorsitzender

Vorsitzender

gez. Grantz
Oberbürgermeister

gez. Skusa
Stadtrat

Schriftführerin Bereich Polizei

Schriftführer Bereich Feuerwehr

gez. Berndt

gez. Albrecht

Anlagen